

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald erste Tageszeitung des Oberamts Meuenburg

Amtsblatt für Wildbad

mit amtlicher Fremdenliste

Erscheint Werktag

Telephon Nr. 4)

Bezugspreis monatlich 30 Pf. Durch die Post
im Nachbarortserleicht 2.15 M. in Württemberg
2.22 M. vierteljährlich, dazu Beitrags 30 Pf.

Anzeigen 12 Pf. von auswärts 15 Pf. die Gar-
nisonszeit oder deren Raum.
Reklame 25 Pf. die Zeitstelle.
Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition
zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pf.
besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pf.

Jg. 26

Donnerstag, den 30. Januar 1919

86. Jahrgang.

Freiwillige vor zum Schutze der Ostmark!

Es wird uns geschrieben:

Die Polen bedrohen Westpreußen, Posen und Oberschlesien, ein Gebiet fast 3½ mal so groß wie Württemberg mit über 8 Millionen Einwohnern, von denen stark 3 Millionen Deutsche sind.

Was sind uns diese Gebiete?

Westpreußen und Posen sind höchst fruchtbare Ackerland, das nicht nur Norddeutschland, sondern auch Süddeutschland, darunter Württemberg, Getreide und Kartoffeln in gewaltiger Menge während des Kriegs und vorher geliefert hat. Allein die Provinz Posen liefernte, obwohl räumlich nur ein Neuntelhundel des Deutschen Reichsgebiets, zum jährlichen Verteilungsbedarf der Gesamtbevölkerung Deutschlands weit über ein Sechstel während des Kriegs bei. Ebenso unverhältnismäßig groß war auch ihr Anteil an der Kartoffelerzeugung. Der Verlust der beiden Provinzen würde nicht nur die Ernährung des deutschen Volks schwer gefährden, sondern auch auf das empfindlichste die Möglichkeit unserer Ansiedlung einschränken.

Oberrhein besitzt Kohlengruben, die unserer Industrie jährlich rund 25 Millionen Tonnen Eisenkohle im Wert von 300 Millionen Mark liefern. Wenn diese Kohlenschächte an die Polen übergeben, wie die Eisenerzgruben Lothringens und die Kalibergwerke im Oberrhein bereits an die Franzosen übergegangen sind, wird unsere Industrie und damit die vielen Millionen, die von ihr leben, in noch größere Bedrängnis geraten.

Wir Deutsche sind der Zahl nach ein Großvölk, haben aber im Gegenvor zu anderen Großvölkern nur ein verhältnismäßig kleines, überwölfertes Land. Soll es noch kleiner, noch ungünstiger werden, so daß wir uns schließlich kaum mehr regen können und, um für uns und unsere Frauen und Kinder den Lebensunterhalt zu verdienen, gezwungen sind, ins harschfüllte Ausland als billige Arbeitskräfte in Scharen auszumwandern? Wenn wir uns schon zur Wiederabtretung der Westmark Lothringen an die Franzosen mit tiefschließendem Schmerz im deutschen Herzen entschließen müssen, zur Auslieferung unserer Ostmark an die Polen können und dürfen wir uns nunmehr entschließen.

Noch ist es Zeit, der polnischen Wassengewalt, die unsere Schwäche und Verwirrung ausnützen will, utische Wassengewalt entgegenzusetzen. Die Geschichte soll einmal nicht berichten müssen, daß Deutschland sein entwicklungsfähiges Ostland mit Recht verloren habe, da sich zu seiner Verteidigung keine deutschen Männer gefunden hätten.

Freiwillige vor! Freiwillige für das Gebiet Oberschlesien zu sein, beim Bismarck-Grenzschutz-Ost können auch zu Mannschaften Verwendung finden. Der Ausritt aus dem Freiwilligendienst erfolgt unter Einhaltung einmonatiger Kündigungsfrist.

Anmeldungen nehmen alle Bezirkskommandos entgegen. Gebühren: Mobile Löhnuung nach dem Dienstgrad, mindestens M. 30.— monatlich, und mobile Verpflegung. Dazu eine Tageszulage von M. 5.— und außerdem monatlich nachträglich eine Treuprämi, die im ersten Monat M. 30.— beträgt und jeden weiteren Monat um M. 5.— bis zum Hochjahr von M. 50.— steigt.

Menes vom Tage.

Negierungsmahnahmen.

Berlin, 28. Jan. Die Reichsregierung hält an Berlin als Reichshauptstadt unbedingt fest.

An die Spitze der vorläufigen Reichsgewalt, die nach dem Beschluss des Bundesstaatlichen Ausschusses der Nationalversammlung vorgezeichneten werden soll, wird nach der "Rössischen Zeitung", ein vorläufiger Reichspräsident gestellt werden.

Dem Berliner Freiwilligenregiment Reinhard ist der Schutz der Nationalversammlung in Weimar übertragen worden. Zwei Bataillone des Regiments werden bereits in den nächsten Tagen in Weimar untergebracht. Die Truppe soll der Regierung für etwa notwendig werdende Maßnahmen zur Verfügung stehen.

Berlin, 28. Jan. Auf der heutigen Finanzminister

Konferenz soll, wie verschiedene Morgenblätter berichten, ein Antrag von süddeutscher Seite und eventuell auch von Sachsen gestellt werden, die Einkommensteuer den Einzelstaaten zu belassen.

Aus den Waffenstillstandsverhandlungen.

Berlin, 28. Jan. Auf die von der deutschen Kommission übermittelte Befehlserde des Kardinals Hartmann von Köln, daß die britischen Truppen in dem befreiten Gebiet Pfarrhäuser zu Einquartierung und als Offizierslazarett benutzen, ging die Antwort ein, die britischen Truppen seien angewiesen worden, Pfarrhäuser nur im Notfall zu belegen und unter keinen Umständen in ihnen Lazaretts einzurichten. Alle Ausschreitungen englischer Soldaten werden rücksichtslos bestraft.

Staatssekretär Erzberger hat den General von Winterfeldt dringend gebeten, sein Amt als Leiter der Waffenstillstandskommission in Spa trocken der begreiflichen Abneigung, unter den durch das Aufstreiten der Alliierten geschaffenen Verhältnissen weiter zu arbeiten, beizubehalten. Der Rücktritt würde dem Vaterland schweren Schaden bringen.

Kohlemangel in Berlin.

Berlin, 2. Jan. Angeichts des herrschenden Kohlemangels und der ständig zurückgehenden Kohlenzufuhr ist, wie das "Achter-Abendblatt" erfährt, damit zu rechnen, daß Ende dieser oder anfangs nächster Woche die Lieferung von Starkstrom an die Industrie eingestellt werden muss.

In anderen Orten wie Mainz, Nürnberg, Hamburg, Hannover u. a. ist die Stromlieferung bereits eingestellt oder stark beschränkt, wie in den Kohleverbauen nur noch täglich etwa 12 000 Wagen Kohle gefordert werden gegen 38 000 früher.

Die Lebensmittelversorgung.

Berlin, 28. Jan. In einer Versammlung der Arbeiterviertel Berlins wurde mitgeteilt, daß man in Deutschland Ende März genötigt sei, n. wie, die bisherige Lebensmittelzuweisung um etwa die Hälfte herabzusetzen, wenn die Lieferungen des Verbands ausbleiben.

Die Wahlen.

Berlin, 28. Jan. Die Beteiligung der Bürgerlichen an den Wahlen zur preuß. Landesversammlung war überraschend gering, besonders in den größeren Städten. In Berlin wählten in einigen Bezirken nicht mehr als 30 bis 35 Prozent der bürgerlichen Wähler.

Moskau, 28. Jan. Bei den Wahlen zum verfassunggebenden moskauischen Landtag verteilten sich die Sitze nach den vorläufigen Wahlergebnissen wie folgt: Soz. P. 31, Z. d. P. 18, D. N. P. 8, D. B. P. 3, Mittelpartei 1, Dorfbund 1, außerdem 2 Sitze für die verbündeten Räten der bürgerlichen des 4. Wahlkreises.

Der Geburtstag des Kaisers.

Amsterdam, 28. Jan. Wie aus Amerikongen meldet wird, wurde gestern aus Anlaß des Geburtstags des Kaisers im Schloss ein Gottesdienst abgehalten, dem das Kaiserpaar mit Gefolge und die großlich Bentinck'sche Familie bewohnt.

Verbanung des Kaisers?

Bern, 28. Jan. Aus London wird gemeldet, die deutsche und die holländische Regierung haben sich geeinigt, Kaiser Wilhelm nach Niederländisch-Indien zu verbannen. Früher wurde die niederländisch-westindische Insel Curaçao als möglicher Aufenthaltsort des Kaisers genannt.

Berlin, 28. Jan. Nach einer Genfer Meldung hat der französische Regierungskommissar für das Gebiet von Met angeordnet, daß alle Güter des Kaisers in Elsaß-Lothringen einzuziehen seien. Es handle sich um das Schloss Urbil und das daran anschließende Gut Les Menils.

Die Spartakisten.

Wilhelmshaven, 28. Jan. Die Spartakisten haben hier das Stadtrecht verhindert und sich der Reichsbankstelle, der Bahnhof und des Offiziercasinos bemächtigt.

Proteststreik.

Oldenburg, 28. Jan. Auf der Bahnrede von Barel (Oldenburg) nach Wilhelmshaven streikt sämtliches Bahn- und Telegraphenpersonal, um die kommunistischen Kuriere in Wilhelmshaven zum Stillstand zu bringen.

Auch die Arzieschafft hat sich ihnen angegeschlossen. Die Kurkuren haben auch nach Westerschede und Nordenham übergegriffen.

Die Bedrückung der deutschen Elsass-Lothringer.

Karlsruhe, 28. Jan. Aus Straßburg zurückgekehrte Deutsche berichten, daß sie sich in den frühen Morgenstunden zum Abtransport auf dem Güterbahnhof einfanden müssen. Nach sündhaftem Warten setzte sich der Zug endlich um die Mittagsstunde in Bewegung. Als sie dann nachmittags in Kehl die neutrale Zone erreichten, wurde ihnen mitgeteilt, daß sie ihr Gepäck um 7 Uhr abends in Kehl auf dem Bahnhof in Empfang nehmen können. Es war aber großenteils verschwunden und mit ihm die letzte Habe, die sie mitnehmen durften. Einer der Reisenden erhielt von 4 aufgegebenen Koffern nur einen einzigen zurück.

Bekanntlich wurde in Elsaß-Lothringen sofort nach der Besetzung durch die Franzosen die französische Währung eingeführt. Die Bevölkerung ist infolgedessen gezwungen, das deutsche Geld in Franken umzutauschen. Bei dieser Wechselnachfrage werden die Deutschen überosten, indem man sie zwinge, für 100 Franken 100 Mark zu zahlen, während die Elsässer für 100 Franken 100 Mark bezahlen. Die Ausgewiesenen dürfen aber kein französisches Geld beim Überqueren der Rheinbrücke in deutsches umwechseln, wobei von den französischen Besatzungstruppen des rechten Rheinufers in "feindschaftlicher Weise" für 100 Franken, wofür die Ausgewiesenen aber 100 Mark hatten bezahlen müssen, um in Elsaß-Lothringen Zahlungen leisten zu können, nun mit 40 Mark geboten werden. Es bleibt den Ausgewiesenen nichts anderes übrig, als darauf einzugehen. Im ganzen erleiden sie also einen Geldverlust von 70 Prozent.

Der Krieg im Osten.

Bromberg, 28. Jan. (Amtlich.) Wilhelmstorf (Posen) wurde am 27. Jan. nachmittags von etwa 60 Polen mit einem Maschinengewehr angegriffen. Die Angreifer wurden abgewiesen und bis Georgenstall zurückgetrieben. An den übrigen Teilen des Abschnitts Potzneilen läuft. Die Orte Eichendorf, Torgowisto, Brüksdorf, Eichenau, Kirschgrund und Klein-Reudorff sind vom Feinde frei.

Wien, 28. Jan. Die "Neue Freie Presse" meldet die Beleidigung von Deutschen durch die Tschechen, nachdem bei einem Kampf mit den Polen diese zurückgeworfen worden waren und über 70 Gefangene und 300 Verwundete und Tote auf dem Kampfplatz zurückgelassen hatten.

Mährisch-Ostrau, 28. Jan. Gestern unternahmen die Polen gegen die tschechischen Truppen einen Angriff, der abgewiesen wurde. Unser Militär nahm die polnischen Stellungen zwischen Pacov und Liberec ein, erzielte Kriegsmaterial und nahm 77 Männer mit einem schwerwundeten Offizier gefangen. Die Polen ließen 50 Verwundete und 30 Tote zurück. 60 bis 80 Prozent der Bergarbeiter sind zur Arbeit zurückgekehrt.

Warschau, 27. Jan. Ministerpräsident Badeni sprach an die Regierung der tschecho-slowakischen Republik eine Protestnote wegen des Vorüberschreitens der tschecho-slowakischen Truppen.

London, 28. Jan. Die "Times" meldet, daß das bolschewistische Heer in Estland sich mit noch aus einigen bewaffneten ethnischen Banden, einigen Bataillonen lettischer und ethnischer Kommunisten und einigen Abteilungen des früheren Deutschen und Kroatischen Heeres zusammensetzt. Der Chef des estnischen Generalstabs ist der Ansicht, daß die Lage nie günstiger gewesen sei für eine unblutige Einnahme von St. Petersburg. Die bolschewistischen Führer fürchten vor allem die Möglichkeit, daß die Entente-Truppen eingesetzt und englische Kriegsschiffe vor Kronstadt erscheinen könnten.

Von der Friedenskonferenz.

Berlin, 28. Jan. Wie der "Volksanzeiger" aus Paris erfährt, war der Oberste Kriegsrat gestern von vormittags 10 Uhr ab zur Besprechung der Frage der deutschen Kolonien versammelt. Frankreich und England waren darüber einig, daß die Kolonien auf keinen Fall zurückgegeben werden sollen. Amerikas Ansicht sei noch nicht bekannt. Frankreich werde Anspruch auf Kamerun erheben, während Belgien die Vandücke verlangt, die seine eigenen Truppen erobert hätten.

Paris, 28. Jan. (Reuters.) Der Minister des Äußeren Michon teilte im Kammerausschuß mit, daß die allgemeine Friedenskonferenz aller Kriegsführenden einschließlich Deutschland



am 2. Mai, dem Jahrestag des Zusammentretens der Friedenskonferenz in Frankfurt a. M., beginnen sollte. Der Frankfurter Friedensvertrag wurde nach neun-tägigen Verhandlungen am 10. Mai 1871 im ehemaligen Hotel Schwan unterzeichnet. Die amtlichen Urkunden oder Ratifikationen wurden ebendort am 20. Mai ausgetauscht.

Paris. 28. Jan. (Havas.) Der schweizerische Präsident Ador hat Paris gestern abend verlassen.

Ablehnung der Russen.

Wien. 28. Jan. Nach der Slav. Korr. wird kein Staat in Russland der Einladung der Entente-Mächte zu den Verhandlungen auf den Prinzeninseln Folge leisten.

Die Propaganda der Bolschewisten.

London. 28. Jan. Die "Times" berichtet, am 18. Januar habe in London eine bolschewistische Versammlung stattgefunden, zu der nur Personen mit Eintrittskarten zugelassen wurden. In der Versammlung sei die Organisierung eines allgemeinen Aufstands als erster Schritt zur Revolution besprochen worden. Es wurden Ausschüsse gebildet, die für die Versorgung der Revolutionären und ihrer Familien mit Brennmaterial und Lebensmitteln sorgen sollen.

Nach einer Meldung der Blätter verbreitet sich der Streik über ganz England mit großer Schnelligkeit und droht auch auf Irland überzugreifen.

Prag. 28. Jan. Nach Prager Blättern soll in der vergangenen Woche Trotsky in Wien geweilt haben.

Die Konferenz der Internationale.

Bern. 28. Jan. Die Schweiz. Dep.-Ag. meldet, daß der österreichische Sozialist Adler (der Mörder Stürgits) der Berner Konferenz bewohnen werde, nachdem das internationale sozialistische Komitee geeignete Schritte beim Bundesrat unternommen hatte. Bisher sind 40 Abordnungen mit 120 Mitgliedern angemeldet, die 12 verschiedene Länder vertreten. Die spanischen Delegierten werden nun doch noch in Bern erwartet.

100 Millionen mit Einschränkung.

Washington. 28. Jan. Der Senat hat die von Wilson verlangten 100 Millionen Dollar für die Hilfeleistung in Europa unter der Bedingung bewilligt, daß Deutschland und Österreich-Ungarn davon ausgeschlossen seien.

Der Dampfer "Westwardno" ist mit einer Ladung Lebensmittel und Kleidung für die Polen im Wert von 2 Millionen Dollar nach Danzig abgegangen.

Die Umwälzung in Portugal.

Lissabon. 28. Jan. (Havas.) Die revolutionäre Bewegung ist in Lissabon zu Ende. Die treu gebliebenen Freiwilligenreiter sind schon abgesetzt worden. Im Norden des Landes wurden gegen Oporto in Beira Alta und Vizeu Truppen zusammengezogen. Die Republik wurde wieder aufgerichtet.

Zum Verfassungsentwurf.

Berlin. 28. Jan. Zum Verfassungsentwurf stellt Professor Gustav Radbruck im "Vorwärts" drei Forderungen auf. Zu § 20 beantragt er: Inhalt und Geist der Verfassung sind zum Lehrbuch des Volks-, Mittel- und Hochschulunterrichts und in allen Zweigen des öffentlichen Prüfungswesens zum Gegenstand zu machen. Im § scheint es ihm unmöglich, unter die Zuständigkeiten des Reichs die Gesetzgebung über die Vergesellschaftung von Wirtschaftsbetrieben in einer elastischen, von voll wirtschaftlicher Seite sorgfältig zu prüfenden Fassung anzunehmen. Weiter sagt Radbruck: Wie der Wille zur Sozialisierung bedarf auch der unwiderstehliche Wille zur Republik bestimmtes Ausdrucks. Kein Mitglied einer früheren landesherrlichen Familie des Deutschen Reichs oder des ehemaligen Deutschen Bundes kann zum Präsidenten des Deutschen Reichs oder zum Oberhaupt eines deutschen Freistaats gewählt werden.

Die Gewerkschaften zur Int. Konferenz.

Berlin. 28. Jan. Das Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands widmet dem Zusammentritt der Sozialistenkonferenz in Bern einen Artikel, aus dem hervorgeht, daß in Deutschland die sozialen Errungenschaften der Revolution nur dann erhalten werden können, wenn die Konkurrenzländer der deutschen Industrie sich zu den gleichen Einrichtungen verstehen.

Die Generalkommission erhebt, wie die "Deutsche Allgemeine Zeitung" schreibt, eine schwere Anklage gegen die Sozialisten der Entente. Letztere habe in den besetzten Landesteilen Deutschlands nichts eiligeres zu tun, als Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, Löhne zu reduzieren, Arbeitszeiten zu verlängern. Für die Friedenskonferenz werde Deutschland, wie es in dem Blatt weiter heißt, mit wohl durchdachtem Programm für die internationale Sozialpolitik heraustraten.

Die Frauen im Leopoldshöhe.

Vörrath. 28. Jan. Gestern mittag besetzten die Franzosen den rechtsrheinischen Brückenkopf der Eisenbahnbrücke bei Leopoldshöhe. Die dort befindliche Wache der Volkswehr mußte sich zurückziehen.

Politische Justiz.

Paris. 28. Jan. Die Pariser Ausgabe des "Daily Mail" bringt eine Unterredung mit Georg Widerham, früher Generalstaatsanwalt Amerikas und Mitglied des Taft'schen Kabinets, über die "Schuld des Kaisers". Er erklärte, juristisch bestehe keine Möglichkeit, den Kaiser zu verurteilen. Man könne vielleicht eine moralische Schuld feststellen, aber seine Verurteilung durch einen irgendwie gearteten Gerichtshof würde rein politischer nicht richterlicher Natur sein und sei aufgrund des bestehenden Völkerrechts nicht möglich.

Militarismus in Amerika.

Washington. 27. Jan. (Reuter.) General Marsh teilte im Senatsausschuß für Heeresangelegenheiten mit, daß Abmachungen getroffen seien, 300 000 Amerikaner im Monat heimabzufördern. Das gesamte Expeditions-

heer solle innerhalb 6 Monaten abtransportiert und abgesetzter werden. Wilson werde die Stärke des amerikanischen Besatzungsheeres festlegen; 10 Divisionen seien als Anteil Amerikas angeregt worden. Marsh fügte hinzu, er sei dafür, daß die Vereinigten Staaten ein stehendes Heer von 3½ Millionen besitzen.

Bolschewistische Greuel.

London. 27. Jan. (Reuter.) Mehrere Regimenter der Roten Garde sind desertiert, sobald sie gut organisierten Streitkräften gegenüber gestellt wurden, was ein deutliches Zeichen dafür ist, daß das bolschewistische Heer sich von der Propaganda mehr Erfolg verspricht als vom kämpfen. Aus Quellen wird berichtet, daß die Bolschewiki, obgleich sie wenig zahlreich sind, unbeschreibliche "Auseinandersetzungen unter der Bevölkerung begehen. Alle Kirchen sind geschlossen, viele Geistliche ermordet worden. Ein Bischof wurde lebendig verbrannt.

Der neue Bundesrat.

Berlin. 29. Jan. Die Volksbeauftragten stimmten dem Notverfassungsentwurf des Freistaatenausschusses mit geringen Änderungen zu. Das in dem Entwurf enthaltene Wort "Bundesrat" soll ausgemerzt werden sein. Die Einrichtung des Bundesrats bleibt aber tatsächlich erhalten. Jeder Freistaat mit weniger als 1 Million Einwohnern solle einen Vertreter in einem sogenannten Staatenhaus erhalten, alle übrigen für je 1 Million Einwohner 1 Vertreter, Bayern mit 6,8 Millionen 7, Preußen statt 17 Stimmen 19.

In der "Germania" heißt es am Schlusse einer Bezeichnung über den Entwurf einer neuen Reichsverfassung, die Nationalversammlung werde sich darüber klar werden müssen, ob sie durch Billigung von Verfassungsbestimmungen, wie sie der § 19 des Entwurfs von Dr. Preuß enthalten, die Hand zur Entfesselung eines neuen Kulturmarsches bieten will und auch die Landesversammlungen, vor allem die preußische, würden sich vor diese schicksals schwere Entscheidung gestellt sehen.

In der "Kreuzzeitung" steht: Es wäre das Beste und sinngemäßste, wenn die Aufnahme Deutsch-Österreichs und die Annahme der neuen deutschen Reichsverfassung in einem gemeinsamen staatsrechtlichen Akt in Weimar vorgenommen würde. Es gibt keine Bedenken und Gegengründe mehr. Lebte Bismarck heute unter uns, so ist kein Zweifel, er würde heute das Reich in bewußter großdeutscher Richtung wieder aufbauen.

Die preußischen Wahlen.

Berlin. 29. Jan. Das Ergebnis aus den Wahlen zur preußischen Landesversammlung liegt nichtamtlich für 401 Mandate vor. Davon entfallen auf die S.P. 142, Chr.B.P. (Zentr.) 87, D.d.P. 61, D.N.B.P. 41, U.S.P. 24, D.V.P. 18 Mandate. Außerdem erhielten die schleswig-holsteinischen Bauern- und Landarbeiterdemokraten 1 Sitze, die Welsen des 15. Wahlkreises (Aurich) 2, und die des 16. Wahlkreises (Hannover) 4 Sitze. Aus Posen liegen noch keine Nachrichten vor, da die Verbindung unterbrochen ist.

Reichsvermögenssteuer.

Weimar. 29. Jan. Aus der Konferenz der Finanzminister in Weimar wird berichtet, daß die Vermögenssteuer wohl an das Reich übergehen werde. Die Einzelstaaten sollen aber die Möglichkeit haben, einen Zusatz auf diese Steuer zu erheben.

Kein Dauerfriede.

Berlin. 29. Jan. Der "Vorwärts" schreibt: Die Friedensverhandlungen schließen sich unendlich lange hinaus. Die unterlegenen Gegner werden vollständig ausgeschaltet. Ein diktierter Frieden wird niemals ein gerechter Frieden werden. Der angestrebte Dauerfrieden wird schon bei seiner Geburt mit dem Todeskeim behaftet.

Die Bagdadbahn.

Berlin. 29. Jan. Wie die "Voss. Ztg." berichtet, haben die britischen Behörden die Bagdadbahn übernommen. Der Generaldirektor Huquevin, ein Schweizer, ist entlassen worden. Die Eisenbahnen in der europäischen Türkei seien in die Verwaltung der französischen Behörden übergegangen.

Unerhörte Rechtswidrigkeit.

Berlin. 29. Jan. Von feindlicher Seite ist angehoben worden, daß alle Personen, die während des Kriegs an der Beschlagnahme und Begleitung von Maschinen und Geräten aus Frankreich und Belgien beteiligt waren oder solche Maschinen von der deutschen Heeresverwaltung läufig erworben haben, verhaftet und abgeurteilt werden sollen. Die deutsche Waffenstillstandscommission in Spa hat gegen die Verfolgung wiederholten Einspruch erhoben und die Freigabe aller der schon Verhafteten und in Untersuchung Gezogenen verlangt, da für die Beschlagnahme und den Verkauf der Maschinen nur die deutsche Regierung und die Heeresverwaltung verantwortlich sei.

Hindenburg Ehrenbürger von Kassel.

Kassel. 29. Jan. Magistrat und Stadtverordnetenversammlung beschlossen, Generalfeldmarschall v. Hindenburg zum Ehrenbürger der Stadt Kassel zu ernennen, nachdem er fast zwei Monate lang in treuer und unermüdlicher Pflichterfüllung von hier aus die Demobilisation unseres Heeres geleitet hat. Der Ehrenbürgerbrief wurde ihm heute durch den Oberbürgermeister und den Stadtverordnetenvorsteher überbracht.

Keine Geburtstagfeier.

Berlin. 29. Jan. Die "Freiheit", das Blatt der Unabhängigen, hatte behauptet, im Großen Hauptquartier in Kassel habe am Abend des 26. Januar eine Feier des Geburtstags des Kaisers stattgefunden, an der Hindenburg und verschiedene Offiziere teilgenommen haben sollen. Die "Deutsche Allg. Ztg." stellt demgegenüber fest, daß an jenem Abend das Ausscheiden dreier Offiziere aus der Heeresleitung in der dort üblichen einfachen Weise begangen worden sei. In den Reden sei der Geburtstag des Kaisers nicht einmal erwähnt worden.

Frei erfunden.

Berlin. 28. Jan. Die "Deutsche Allg. Ztg." schreibt halbamtlich: Die in der ausländischen Presse verbreiteten Nachrichten über angebliche Verhandlungen zwischen der deutschen und der holländischen Regierung wegen einer Überführung des früheren Kaisers nach Holländisch-Indien sind frei erfunden.

Der Streit um die Kommandogewalt.

Berlin. 29. Jan. Der Deutsche Offiziersbund hielt gestern in der Philharmonie eine Versammlung ab zur Befreiung des Erlasses des Kriegsministeriums über die Regelung der Kommandogewalt und die Frage der Rangabzeichen. Stellenweise verließ die Versammlung sehr stürmisch. Es zeigte sich, daß ein großer Teil der Anwesenden für die Anwendung der schärfsten Mittel war, um eine Zurücknahme des Erlasses zu erreichen. Der anwesende Kriegsminister nahm selbst das Wort und übernahm die Verantwortung für den Erlass.

Magdeburg. 29. Jan. Der Delegiertentag der Soldatenräte des 4. Armeekorps hat beschlossen, den Erlass über die Kommandogewalt für ungültig zu erklären. Bis zur geistlichen Festlegung der Stellung der Soldatenräte durch einen neu zu berufenden Reichssoldatenratkongress soll im Bereich des 4. Armeekorps die ausführende Kommandogewalt der Soldatenrat in Händen haben. Offiziere und Beamte, die sich diesem widerseien, sollen entlassen werden.

Berlin. 29. Jan. Der Verteitag der unabhängigen Sozialdemokraten wird erst in zwei bis drei Wochen in Berlin zusammentreten.

Die Spartakisten.

Berlin. 29. Jan. Es ist jetzt festgestellt, daß der Spartakist Eichhorn, solange er "Polizeipräsident" von Berlin war, monatlich 1600 M. aus Russland bezogen hat.

Berlin. 29. Jan. Aus Wilhelmshaven erfährt ein Hamburger Blatt: Von der Wilhelmshavener Funkstation sind folgende Funkspiele ausgesandt worden: An Staatssekretär Noske, Berlin. Ruhe in Wilhelmshaven wieder hergestellt. Eintreffen in Berlin Freitag. Ruhe. — An den Arbeiters- und Soldatenrat Ahlhorn. Lage klärt sich. Einzelne Unstimmigkeiten werden im Laufe des Tags beseitigt. 21er-Mat von Wilhelmshaven.

Arbeitszwang.

Berlin. 29. Jan. Wie der "Berl. Volksallg." erfaßt, schwanken bei den zuständigen Stellen erstmals Erwägungen wegen Erlasses eines Gesetzes über die Einführung des Arbeitszwangs.

Außenstand.

Berlin. 29. Jan. Die in zwei Ausbesserungswerstätten der Großen Berliner Straßenbahn beschäftigten 940 Arbeiter sind in den Außenstand getreten, weil ihnen die geforderte sogenannte Entschuldungszulage von 500 Mark nicht genehmigt wurde.

Massenprotest gegen Bekleidungen.

Stettin. 29. Jan. Eine Versammlung von 5000 Beamten protestierte gegen eine erzwungene Trauer für Liebknecht und forderte von dem Arbeiters- und Soldatenrat eine ausreichende Genugtuung für die Behörden und insbesondere für den Oberpräsidenten wegen der durch die gewaltlose Hisse von roten Flaggen anlässlich der Beerdigung Liebknechts angetanen Bekleidung. Auch die Soldatenräte der aktiven Regimenter und der Marinesformationen Stettins protestierten öffentlich gegen die Sympathiekundgebungen für Liebknecht, der den Brudermord verschuldet habe.

Der Krieg im Osten.

Berlin. 29. Jan. Nachdem von den zur Heeresgruppe Kiew gehörigen Truppen der leste Transport auf Richtung Homel am 25. Januar in Pinsk eingetroffen war, wurde Pinsk am 26. Januar geräumt. In Powniat sind aus der Richtung Kiew nur noch 25 Transportzüge zu erwarten. Voraussichtlich wird daher an 1. Februar die Ukraine von den deutschen Truppen bis auf die in Nikolajewsk und Odessa abgeschnittenen geräumt sein. Sämtliche Truppen, die zu Fuß zurückmarschierten haben die Linie Pinsk-Kowel in westlicher Richtung überschritten.

Bromberg. 29. Jan. Leutnant Rogalla vom 14. Infanterie-Regt., Sohn des Gemeindevorstehers in Schlesienau, ist am vergangenen Mittwoch im Laufe von Verhandlungen, die er als Parlamentär mit den Polen bei Thure führte, mit Gewehrlöben erschlagen worden.

Agram. 29. Jan. Serbische Bataillone zogen in Kinnre ein, das von den Italienern geräumt wurde.

Wien "freie Stadt".

Wien. 29. Jan. In einer Versammlung erklärte Bürgermeister Dr. Weißkirchner, der Anschluß Deutsch-Oesterreichs an Deutschland könne unter der Voraussetzung erfolgen, daß Oesterreich die Sicherheit einer Lebenszeit gestellt und insbesondere auch die Zukunft Wiens den Wienern verbürgt werde. Er habe den Gedanken aus Deutschland übernommen, Wien als "freie Stadt" zu erklären und Wien in die Reihe der Bundesstaaten aufzunehmen. Es werde kaum ein anderer Weg übrig bleiben. — Der Zentrumsabg. Dr. Pfeiffer-Berlin sagte, das Zentrum sehe kein Hindernis darin, daß die Hälfte des Schwergewichts in Wien liege, wenn ein Präsident zeitweise seinen Wohnsitz in Wien ausschlage. Die Deutsch-Oesterreicher eröffnen einen beachtenden Weg den Orient. Gemeint ist wohl, daß der Präsident der deutschen Republik auch ein Oesterreicher sein und in Wien residieren kann. D. Schr.

Von der Friedenskonferenz.

Paris. 29. Jan. (Havas.) Bezüglich der Kolonien hat die Konferenz eine Fassung vorgeesehen, nach der die Verwaltung der ehemaligen deutschen Kolonien dem Böbl-

er und übertragen wird, der keine Befugnisse an die „unmittelbar interessieren“ Nationen überträgt. Wenn dieser Gedanke sich durchsetzt, wird Frankreich Togo und zwei Drittel von Kamerun „verwalten“.

Die Kleinen gegen die Großen.

London, 29. Jan. Die „Times“ meldet aus Paris, in einflussreichen Kreisen sei man der Meinung, daß die Geschäftsausordnung und die innere Einrichtung der Friedenskonferenz abgeändert werden müsse. Sonst sei zu befürchten, daß gegen den Standpunkt Clemenceaus, daß die Friedenskonferenz nur eine Angelegenheit der Großmächte sei, etwas unternommen werde. Daher sollen die kleinen Staaten bei der Besprechung von Fragen von allgemeinem Interesse und die sie selbst betreffen, zu Rate gezogen werden. So könnte vermieden werden, daß die Konferenz in Gruppen von Großmächten und Kleinstaaten sich spalte.

Was Ador berichtet.

Genf, 29. Jan. (Schweiz. Dep.-Ag.) Bundespräsident Ador traf von Paris kommend, gestern vormittag in Genf ein. In Beantwortung einer Begrüßungsansprache des Vorsitzenden des Genfer Stadtrats führte der Bundespräsident u. a. aus: In wirtschaftlicher Hinsicht wurden von den französischen Ministern ausgezeichnete Zusicherungen gegeben. Die Fragen, die den Gotthard-Bertrag, den Baseler Bahnhof und die Flussfahrt betreffen, wurden mit lebhaftem Interesse aufgenommen. Die Zonenfrage wird durch eine französisch-schweizerische Kommission geregelt werden. Besonders werde die Stellung der Schweiz gemäß ihrer Jahrhunderte langen Überlieferung und der internationalen Bedeutung ihrer Neutralität klar gestellt werden müssen. Die Pariser Konferenz sei keine Friedenskonferenz, vielmehr eine Vereinigung der Verbündeten zwecks Bezeichnung der dem Besiegten aufzuerlegenden Bedingungen. Deshalb werden die neutral gebliebenen Staaten nicht zugelassen. Wenn einmal der Bund der Nationen bestimmte Gestalt annähme, würden auch die Neutralen dazu berufen.

Bern, 29. Jan. (Schweiz. Dep.-Ag.) Graf Andrássy traf gestern hier ein.

Nationalratswahlen in der Schweiz.

Bern, 29. Jan. Nachdem im letzten Oktober das Schweizer Volk sich für Einführung des Verhältnissystems bei den Wahlen für den Nationalrat (schweizerischer Reichstag) ausgesprochen hatte, beschloß gestern der Nationalrat, die Neuwahlen schon im Herbst 1919 vorzunehmen. Die Amtsdauer des gegenwärtigen Nationalrats wäre erst im Herbst 1920 abgelaufen.

Die Versorgung der Schweiz.

Bern, 28. Jan. (Schweiz. Dep.-Ag.) Die in Washington geführten Verhandlungen über die Erneuerung des Abkommens mit den Vereinigten Staaten sind zum Abschluß gekommen. Die Vereinigten Staaten werden vom 1. Januar bis 30. September Ausfuhrbewilligung erteilen für 300 000 Tonnen Brotgetreide, 112 000 Tonnen Hafer, 137 000 Tonnen Mais, 96 000 Tonnen Brot und 8000 Tonnen Speisefett. Dafür wird ein Schiffsträger von 70 00 Tonnen zugesichert. Sobald die Verhältnisse es gestatten, werden sowohl Waren wie Schiffsträger erhöht werden. Die Schweiz verfügt sich, 5000 Stück Zuckerrüben nach Frankreich zu schenken und für andere Waren Ausfuhrbewilligung zu erteilen, soweit es möglich ist. (Die 70 000 Tonnen oder mehr hat bestimmt Deutschland zu stellen.)

Der Krieg im Osten.

Bromberg, 29. Jan. (Amtlich.) Gegen 5 Uhr nachmittags griffen gestern die Polen in einer Stärke Stärke von etwa 200 Mann Wilhelmsdorf an. Sie wurden abgewiesen und bis Paulina zurückgeworfen. Paulina wurde angegriffen. Unter Zurücklassung von zwei Maschinengewehren und Munition zogen sich die Polen fluchtartig zurück. In der Gegend von Melsdorf erfolglose Patrouillenaktivität. In den übrigen Abschnitten herrscht Ruhe. (Wilhelmsdorf und Paulina sind Siedlungssiedlungen mit zahlreichen Württembergern.)

Wilna, 29. Jan. Die lettische Tariba hat das Ministerium Wodemei gestürzt und dem gegenwärtig in Kopenhagen befindlichen Präsidenten desselben nach Litauen zurückberufen, um von ihm Rechenschaft über seine Amtsführung zu verlangen. Das neue Ministerium hat einen Aufruf gegen den bolschewistischen Ueberfall erlassen.

Die Bolschewisten in Petersburg.

New York, 29. Jan. Die „New York Times“ veröffentlicht eine Meldung aus Helsingfors, Petersburg sei auf Wege der Verstörung. Die Bolschewisten entnehmen den Privathäusern alle Möbel, den Banken alle Wertpapiere, den Museen alle Kunstsgegenstände.

Deutsche Polizei auf dem Schub.

Paris, 29. Jan. Der „Tempo“ meldet, daß die deutschen Polizeiaugenagenten der verschiedenen Befreiungssabschritte auf dem Schub nach Deutschland befördert werden. Jeder Deutsche erhalte das sofortige Recht zur Abreise nach Deutschland. — Der Militäroberkommissar für Mecklenburg hat einen Untersuchungsausschuß für Feststellung der von den Deutschen in Elsass-Lothringen erlassenen Zwangsmahnnahmen eingesetzt.

Krisis in Belgien.

Paris, 29. Jan. „Petit Parisien“ bestätigt, daß in Belgien wegen der Einführung des Frauenstimmrechts und der Flamenfrage eine Ministerkrise ausgebrochen sei, die durch die allgemeine Erregung und verschiedene Aussände verschärft werde.

Die Deutschen in Ungarn.

Budapest, 29. Jan. Ein von der ungarischen Regierung am 28. Januar erlassenes Volksgebot über die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen in Ungarn sichert diesen volle Selbständigkeit für Innenvorwaltung, Rechtspflege und Unterrichtswesen zu. Die deutsche Sprache wird als Verkehrssprache zugestanden. Für eigene Anliegenheiten wird eine deutsche National-

versammlung gewählt. Oberste Behörde der deutschen Nation wird das deutsche Ministerium mit dem Sitz in Budapest sein.

Beschlagnahme.

Wien, 29. Jan. Der italienische Kommandant Artotra hat in Konstantinopel die Gebäude der österreichisch-ungar. Botschaft, des Konsulats und der Schule beschlagnahmt, weil der Grund ehemals venetianisches Eigentum gewesen sei. Die österreichische Regierung hat Einspruch erhoben. (Als Benedig aufhörte, selbständige Republik zu sein, kam Venetien 1797, als es noch lange kein Italien gab, an Österreich, bei dem es bis 1866 verblieb.)

Die amerikanische Ausfuhr.

Bern, 29. Jan. Das amerikanische Handelsdepartement schätzt die Gesamtausfuhr der Vereinigten Staaten im Jahre 1918 auf 6150 Millionen Dollar, d. h. auf 82 Millionen Dollar weniger als im Jahre 1917. (Die Gesamteinfuhr betrug 1031 Mill. Dollar.)

Der Sozialismus in Spanien.

Madrid, 29. Jan. (Havas.) Der Ministerrat hat die von der allgemeinen Arbeiterversammlung unterbreiteten sozialen Forderungen grundsätzlich angenommen. Er beauftragte den Ausschuß für Sozialreform, einen Bericht zur Vorbereitung der nötigen Gesetzesvorlage auszuarbeiten.

Lokales.

Huderkranz. Die gestern abend im Hotel gold Stern stattgehabte Generalversammlung des Huderkrans war sehr zahlreich besucht. Die Neuwohnen brachten eine einstimmige Wiederwahl des Vorstandes und Kassiers. An Stelle des verstorbenen Kassirs, Herrn Riezinger wurde Herr Louis Auch Zimmermeister gewählt. Die Ausschäumitglieder blieben wie bisher, der erste Wahlsieger Herr Linder an Stelle des ausgeschiedenen Herrn Louis Auch. Der Vorstand gedachte in ehrenden Worten der im Kriege Gefallenen und des kürzlich verstorbenen Herrn Hermann Riezinger. Besonders lobenswert ist der Beitritt zahlreicher neuer Sänger welche der Vorstand willkommen hieß. Einige heitere Lieder schlossen den schön verlaufenen Abend mit dem Wunsche auf Wiedersehen am Samstag abend in der Linde, wo, wie aus dem Inseratentitel ersichtlich ist, ein Unterhaltungsabend für die passiven und aktiven Mitglieder stattfindet.

SIn 3 schön verlaufenen Begrüßungsfeiern (2 hier und 1 in Sprollenhaus) hat die Stadtgemeinde nun unsere heimkehrenden Krieger willkommen geheißen und sie bewirkt. Es haben sich hieran insgesamt 711 Krieger beteiligt. Der Gesamtaufwand der Stadt hierfür beziffert sich auf 7110 M., wozu noch die Kosten der Musik, der Heizung und Beleuchtung kommen. Während des Krieges hat die Stadt auch des Deutschen ihrer im Felde stehenden Söhne gedacht; für Brinabtsgeschenke etc. hat sie während der 4 Kriegsjahre 6340 M. aufgewendet. Außerdem hat sie noch etwas geleistet, was keine einzige Gemeinde des Bezirks und nur ganz wenige des Landes taten. Sie gab zu folge eines schon am ersten Tage der Mobilisierung erfolgten Beschlusses des Gemeindefollegien jedem zum Heere eingezogenen Krieger eine Gabe von 20 Mark aus der Stadtkasse. Der Aufwand beträgt hierfür:

1914/15	9820 M.
1915/16	3560 M.
1916/17	1260 M.
1917/18	1540 M.
1918	1180 M.

Zus. 17 360 M.

Widbad, den 30. Jan. **Gingesand**. Die Wahlversammlungen sind nun gottlob vorüber. Der ev. Kirchenchor möchte darum die verehrl. Einwohnerchaft auf kommenden Sonntag, den 2. Febr., zu einem Unterhaltungsabend in den Lindenaal einladen. Es soll dem Ernst der Zeit entsprechend kein Abend ausgelassener Freude sein. Dem entspricht darum auch das Programm. Es kommen Chöre und Solo wie „des Kriegers Heimkehr“, „das Grab in Flandern“ u. a. zum Vortrag. Auch einen größeren Chor („Zigeunerleben“ von Schuhmann) mit Klavierbegleitung finden wir im Programm. Ein herziges Freispiel: „Wer soll die Krone tragen?“ sowie das Theaterstück „Heimkehr“ und eine kleine, launige Humoreske „die verlorene Brücke“ sollen den Endzustand bilden. Der heilige Kriegerkranz hat in liebenswürdiger Weise seine Mitwirkung angelobt. Wer also einen schönen, gemütlichen Abend erleben möchte und seine Sorgen und Kummerfälle auf einige Stunden vergessen will, komme in den Unterhaltungsabend.

Damit nicht wie in früheren Jahren eine Übersättigung des Lindenaales stattfinde, sollen auf Samstag abend nur die aktiven und passiven Mitglieder der beiden Vereine eingeladen werden. Die übrigen verehrl. Einwohner sollen am Sonntag abend willkommen sein. Um an beiden Abenden die Kinder fern zu halten, hat sich der Kirchenchor entschlossen am Sonntag mittag für die Kinder eine besondere Aufführung zu veranstalten. (Siehe Inserat.)

Württemberg.

(-) **Stuttgart**, 28. Jan. (Stellenlosigkeit.) Nach einer Mitteilung der Handlungshilfsverbände sollen zurzeit über 1000 männliche und weibliche Handlungshilfsverbände in Stuttgart ohne Stellung sein. Kriegsteilnehmer und junge Mädchen werden daher gewarnt, dem laufmännischen Beruf sich zuzuwenden.

(-) **Backnang**, 28. Jan. (Großes Feuer.) Gestern abend 10 Uhr brannte innerhalb weniger Stunden die Kohlmühle, Extraktfabrik und ein größerer Lindenschuppen mit 60 Eisenbahnwagen Gerbrüder der Firma Karl Käff, Lederfabriken, nieder. Der Schaden ist bedeutend.

(-) **Hall**, 28. Jan. (Gefälschtes Geld.) Die Umlaufschrift Hall beobachtigte am 20. November v. J. Gutsche über 20 M. auszugeben, doch ist die Ausgabe unterblieben. Trotzdem findet man Haller Gutscheine im Umlauf, die somit fälschlich sein müssen.

(-) **Brackenheim**, 28. Jan. (Verschobene Wahl.) In Michelbach wurde die Wahl des Ortsvorstehers verschoben, da man hofft, daß durch das in erwartende

neue Gemeindegesetz die Möglichkeit gegeben wird, daß ein Ortsvorsteher zwei Gemeinden versehen darf. Durch können auch kleinere Gemeinden zusammen einen Nachmann wählen.

(-) **Reutlingen**, 28. Jan. (Ausgehobenes Viehbesteck.) Durch Militärbeamte wurde bei einem Essteller ein förmliches Warenlager in Nahrungsmittel, Zigaretten usw., das aus Proviantämtern stammt, aufgefunden.

(-) **Tübingen**, 28. Jan. (Besitzwechsel.) Das Hotel zum Lamm wurde von Bayha an Gustav Ackermann, Koch in Ludwigsburg, um 250 000 M. verkauft.

(-) **Mengen**, 28. Jan. (Eine ruchlose Tat.) In der Spitalkapelle wurde das Eborium mit den Hostien aus dem Tabernakel geraubt.

(-) **Oberndorf**, 28. Jan. (Vorwirkeorganisation.) Im Laufe des vorigen Monats hat sich im Oberamtssbezirk eine Berufsorganisation der Landwirte vollzogen. Es sind ihr nunmehr 5400 Mitglieder beigetreten. Die Geschäftsführung hat die Organisation seinem ersten und zweiten Vorsitzenden (Gutsbesitzer Siegfried Lichtenegger und Karl Rees, Gutsbesitzer und Kaufmann in Eppendorf), einem weiteren Beirat aus 40 Mitgliedern und einem engeren Ausschuß von 12 Mitgliedern übertragen.

Württemb. Landesversammlung.

Stuttgart, 27. Januar.

(Biete Sitzung. Schluß.) Abg. Reichel (Soz.): Das Kabinett Fleischhabe das Frauenwahlrecht nur unter dem Druck der Verhältnisse zur Einführung gebracht. An den großen Errungenschaften der Revolution lasse seine Partei nicht rütteln. Die Bedenken Gröders gegen die Aufnahme des Sozialstaates in die Verfassung sollten im höheren Interesse des Allgemeinwohls vorliegestellt werden, weil die industrielle Arbeiterschaft auf Erfüllung gerade dieses Programms den allergrößten Wert lege. Auf das Verhältnis von Staat und Kirche wolle er jetzt nicht näher eingehen. Angesichts der früheren Fortschritte im Landes- und Reichstag könne man nicht der Auffassung sein, daß die vollen Gewalturkundungen auch auf friedlichem Wege hätten erreicht werden können. Die Revolution ist als Naturereignis ausgedrohten. (Crispien: Nein, sie war auch vorbereitet.) Das Unterstrebewesen muß neu gestaltet und eine staatsbürglerliche Erziehung eingeleitet werden. Haupmanns Vorschlag angemessener Vertretung deutscher Interessen hätte richtiger an die Adreßie Bethmanns, Hartmanns und des Großen Generalstabs gerichtet werden müssen. Durch planmäßig organisierte Sozialisierung und durch Verhüllung des Verfalls des Reichs könnten wir in unserem Land an die nächste Ausgestaltung des Völkerbunds Einfluß nehmen. Der wirtschaftliche Wiederaufbau sei die größte Arbeit. Wie stehen jetzt materiell ein armes Volk und von innen und außen Gefahren stark bedroht. Bei unseren Gegnern triumphierte jetzt der siegeskrunk Kapitalismus und Imperialismus. Röble und Eichler seien unerwidrigsten Grundlagen und dürfen uns nicht entzogen werden. Dafür müssen auch die deutschen Arbeiter eintreten. Wenn man den Grundtag anerkenne, die alte Gewalt mit Gewalt zu fürzen müsse man der prov. Regierung auch das Recht einräumen, von der Gewalt Gebrauch zu machen. In Cannstatt und bei Daimler seien die Arbeiter mit Gewalt bedroht worden, die Demonstrationen mitzumachen; es sei zu körperlichen Misshandlungen unter den Arbeitern gekommen. Die Soldatenräte werden vor dem Urteil des Volks bestehen bleiben. Die Einsichtung des A. und S. Röble sollte aber noch Aufsicht seiner Partei nur ein Provisorium darstellen. Zu begrüßen sei, daß die Deutsche dem Partei rückhaltlos und das Zentrum wenigstens zu einem großen Teile sich auf den Boden des Regierungsprogramms gestellt hat.

Abg. Bazzille (Bürger-Partei): Es hätte ihn gefreut, wenn die Botschaft der Regierung neben dem Dank an die Soldatenräte auch Worte des Dankes an unsere Truppen gefunden hätte. Infolge dessen ist es eine Ehrenpflicht der Landesversammlung, dieses Versäumnis nachzuholen. Mit Genugtuung ersäße ihm, daß auch Haupmann der Heze gegen die Offiziere entgegneten sei. Damit seien die Hezeren auf sozialdemokratischer und demokratischer Seite im Wahlkampf widerlegt. Die Truppen an der Front sind nicht schuld, daß das prophetische Wort Bismarcks sich erfüllt hat: „Der nächste Krieg bedeutet entweder die Vertilzung Deutschlands von der Oberfläche Europas oder die Vertilzung Frankreichs.“ Ein lämmender Protest gegen den großen Schmach, die man unserem Kaiser antut will, ist notwendig; es handelt sich um die Würde der deutschen Nation. Als nationale Schmach hat man es in den Wahlkämpfen empfunden, daß man den Namen des Generals Ludendorff fortgeschreibt hat. Der Krieg war verursacht durch den englischen Imperialismus. Gegenüber der Auseinandersetzung Haupmanns, der Dualismus zwischen Militär und Volksgewalt sei am Ausgang des Kriegs schuld, verweist der Redner auf den Ausprägung Haupmanns Hollwigs nach der Kriegserklärung Englands. „Meine Politik ist zusammengebrochen wie ein Kartonenglas.“ Die machbare Richtung ist immer nach links gegangen. Beim Hollweg war bekanntlich ein Liebling der demokratischen Richtung im Reichstag. Zum Zusammenbruch haben die untreuen Freunde wohlbekannte politische Schwächen des deutschen Volkes geführt. Ich unterschreibe den Satz Haupmanns, daß die Politik es war, die zum Zusammenbruch geführt hat. Das Reich ist in Machiavellitik gesunken, weil die Revolution unser Heer vernichtet hat. Hat aber die Revolution uns das gebracht, was sie versprochen hat: Frieden, Freiheit, Brot? Das Gegenteil! Vielleicht erkämpft ein Teil des Hauses, daß der Tragödie des Deutschen Sozialismus auf dem Fuße nachfolgt. Ihr uns ist die Staatsform kein Punkt unseres Programms, denn die Staatsformen haben sich den Bedürfnissen der Nation unterzuordnen. Wir geben aber damit nicht zu, daß die Republik besser sei als die Monarchie. Die Worte Haupmanns für den König freuen uns, aber wir hätten auch gewünscht, daß das Gefühl der Treue beim Volk etwas lebendiger geblieben wäre. Redner vermisst das Fehlen jeglicher Rechenschaftsberichte der Regierung über alle Ausgaben. Es fragt sich auch, ob die Fragen Kirche und Staat und Sozialisierung vereinigt werden könnten in einer vernünftigen Menge. Zur Botschaft der Regierung können wir jetzt keine endgültige Stellung einnehmen, es fehlt vieles, worüber wir Rücksicht haben wollen. Wie werden nicht von vornherein jede Mitarbeit ablehnen. Wenn keine Einigung zustande kommt, so werden wir auch dann direkt sein, mit der Regierung zu arbeiten, soweit es sich mit dem Gewaltwohl verträgt.

Auf Antrag Gröders wird die Botschaft der Regierung einem Ausschuß von 24 Mitgliedern überwiesen.

Stuttgart, 28. Januar.

(Fünfte Sitzung.)

Minister Baumann: Die erste Aufgabe des Ernährungsweises war, die Ernährung nicht zu verschlechtern. Die Truppen mitten bei der Kämpfe von der Militärverwaltung weiter versorgt werden. Es mußte Vorrat geholt werden, daß von den Beständen Württembergs nichts ausgelöscht werde. Auch die Einfuhr von Norddeutschland blieb nicht aus. Die erhöhte Vorratssumme ist ohne Zufuhr von außen nicht möglich. Leider ist von den Bewohnern darin noch nichts geschehen. Güntiger steht die Versorgung mit Fleisch. Der Milchbedarf des Heeres sei ermöglicht, fürs Reich ab Februar die Ration zu erhöhen. Die Eindickung mit Kartoffeln ist beständig. Die meiste Sorge möge die Fettversorgung. Eine nennenswerte Bevorratung ist nur durch Zufuhr vom Ausland möglich: das ist Sache des Reichs.

Abg. Bruckmann (D. d. P.): Die Grundlage zur heutigen Lage wurde geschaffen, als wir vor 20 Jahren Englands Land eroberten. Damals konnten wir aber nicht auf den Ausbau der Rüste verzichten. Wir sind in den Krieg getreten



mit gewachsenen Bundesgenossen. Der große Fehler war die Freiheit von Amerika. Bei Innern war es die alte kontrarotopposition gegen das allgemeine Wahlrecht in Preußen. Die innere Front des Admirals Tirpitz brach zusammen, als er den Führern der Vaterlandspartei offenbarte. Ein Bluff ist kein U-Bootkrieg gegen England gewesen, da habe diesen Bluff nie gehalten; weil England auch mit diesen Bluffs arbeitet. Die Mehrheitsparteien haben das sehr genau eingesehen. Beider militärischen Ausbildung fehlt jede Beziehung vom Soldaten zum Menschen. Dazu kam die verachtete Ausbildung durch die jungen unerfahrenen Offiziere und die beständigen Ungleichheiten; das alles hat die Heere verschlissen. Am Kampffront war das Verhältnis zwischen Offizieren und Mannschaften gut, weil die Notwendigkeit dazu lehrte. Am Sonntag haben die Divisionen nicht mehr gewagt, die Wahrheit zu melden. Die rein militärischen Eigenschaften Ludendorffs zweifeln wir nicht an, aber weltpolitische Einsicht hat er nicht gehabt. Dazu die Übermacht der Söpfer. Ein furchtbare Missbrauch der Spannungs Kraft des Volkes wurde durch die Stimmungswache für die Offiziere getrieben. Und dann hätten wir weitermachen sollen! Dann hätten die revolutionären Einflüsse. Die Revolution ist ja nach der Auflösung der beiden sozialistischen Parteien ein wohlverdientes Rechtsempfang gewesen. Die Waffenstillstandsbedingungen sind durch die Revolution erzwungen worden. Ich bedaure die Behandlung der Offiziere in den ersten Tagen der Revolution. Die gleiche Disziplinlosigkeit droht unserer Wirtschaftsstandes. 2 Millionen Arbeitskräfte haben wir eingebüßt. Wir arbeiten nicht einmal 8 Stunden, 5-6 Millionen Erwerbslose für uns müssen wir in Württemberg täglich bezahlen, wenn so weiter geht. Die Kosten reichen kaum für uns. Kalt ist im Elsass, und sonstige Rohstoffe haben wir nicht. Mit diesen Arbeitszeiten und Löhnen können wir auf dem Weltmarkt nicht austreten. Rennen wir keine Waren exportieren, so müssen wir Menschen exportieren. Der S-Standort ist nur international zu regeln. Die Steuern müssen nur Einnahmen bringen, wenn die inneren Revenuen ausreichend erhalten werden würden. Aber diese werden vollständig erfüllt. Die Arbeitnehmer wollen durch Sozialisierung Anteil an dem Gewinn. Das entgeht oder dann alles dem Saal. Die Steigerung des Exports ist Sache der Privatinitiative. Deshalb muss man auch die Industrie so weiterarbeiten lassen. Die Betriebschulen müssen wie früher der Auszubildenden aus seinen Arbeitern die Gelegenheit geben, nicht bloß zu verdauen, sondern auch zu lernen. Die Altkatholiken der Kirche. Sozialisierungskommission können wir annehmen. Es kommt nicht darum, dass die Regierung zugreift will, in der Frage der Rechtskonsolidierung. Wie glauben, dass unser Volk in freier demokratischer Verfassung durch erhöhte Arbeitskraft noch wichtiger werden? (Bauwoll) Die A. und S. Räte jüchten dem Nachkrieg in den Kasernen steuern. In der Landwirtschaft soll die Industriewirtschaft bald aufbrechen. Die Produktion muss auch hier gestoppt werden. Ein künstlicher Weizen der Regierung kommt mir erstaunlich. Ein königliches Gebäude könnte man auch der Handelsakademie überlassen. Nur durch die Entwicklung der Persönlichkeit kann die Gefahr der Massen gemildert werden. (Gehalt.)

Landesversammlung.

5. Tag. 28. Januar.

Die Ministerkrise beendet.

Dr. G. Herr Großer hat durch seine gesetzige Rede die Minister auf den Plan gerufen. Der Minister des Ernährungsministeriums, Herr Baumann, stellte den Stand der Ernährungsfrage im allgemeinen festlegend dar für die gegenwärtigen Verhältnisse. Die Fleisch- und Kartoffelversorgung ist günstiger, als Brot- und Getreidesorgung, die ganz von der Zufuhr vom Ausland abhängt. Von hoher Warte, als Mann des praktischen Lebens schilderte ihm der demokratische Abgeordnete Bruckmann unsere Lage. Nicht Hoffnungslosigkeit und Wehlagen, von denen die ganze Rede des Herrn Bazille durchzogen war, sondern Glaube. Vertrauen und Willen beeinflussten den Inhalt seiner Worte. Die von Herrn Bazille verteidigte Reichspolitik der Konservativen wurde ordentlich zerstört, die Gewissenlosigkeit des Großadmirals v. Tirpitz beleuchtete er durch dessen eigenen Geständnis, dass sein U-Bootkrieg nur ein Bluff gewesen sei. Unsere Wirtschaft kann nur durch Produktionssteigerung wieder gehoben werden. Export ist unsere einzige Rettung. Zu der materiellen Steigerung muss aber auch eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, diese bedingt wieder freie Entwicklungsmöglichkeit der Persönlichkeit. Seine Aussicht von der Sozialisierung geht dahin, dass sie die Überschüsse in den Betrieben dem Staat zufüllen lässt. Damit war in dieser Frage die Brücke zum Zentrum geschlossen.

Wir haben gestern vorsichtig, wie es eine solche Frage erfordert, angedeutet, dass es etwas triste. Es wurde

im Zwischen hinter den Kulissen gearbeitet, die Herren Minister nahmen Fühlung mit ihren Traditionen, das Denken ist, dass die Regierungskrise bestätigt ist. Die Regierung hat den Willen des Zentrums entsprochen und vor allem die Neuerungen auf dem Gebiet des Kirchen- und Schulwesens zurückgestellt. Damit bleibt die Regierung bis zur Verabschiedung der Verfassung geckt auf die breite Mehrheit von Sozialdemokratie, Demokratie und Zentrum. Im übrigen war die Verteidigung der Revolution, der A. und S.-Räte durch Dr. Linde mann recht schwach. Mehr Verteidigung fand die Stellung der Regierung zur Reichsverfassung auf der Grundlage des Föderalismus.

Von dem Leiter des Kriegswesens, dem sozialistischen Professor und Lieutenant d. R. Herrmann konnte man angesichts seiner kurzen Amtszeit keine grosse politische Rede erwarten. Er beschrankte sich denn auch auf eine reine Aufzählung der vom Kriegsministerium geleisteten Arbeiten. Seine Auffassung von der Stellung der S.-Räte löste den Widerspruch der bürgerlichen Parteien aus. Das Zahlensmaterial über den württ. Anteil am Krieg hätte auch Herrn Bazille die Augen öffnen können, sie geben ein schreckliches Bild von unserer Erfüllung. In der künftiger Gestaltung unseres Volksheeres hat Württemberg partiziparistische Ideen ziemlich stark verfestigt.

Das Hans war schon müde, als Herr Andre vom Zentrum noch das Wort erhielt. Wie nicht anders erwartet, konnte er auch keinen Schluss rechtzeitig finden. Seine derbe Art ist geeignet, Zwischenrufe zu provozieren. Andre beliebt, immer darauf einzugehen und sich zu ihnen zu verlieren. So war denn auch seine lange, breite Rede in der Hauptstadt eine generalstaatliche Polemik gegen seine Berufskollegen links. In der Beurteilung unserer Wirtschaftslage geht er ziemlich einig mit Herrn Bruckmann, gleich ihm rechnete er fröhlig mit Herrn Bazille ab. Aber all dies hätte in viel kürzerer Zeit und mit weniger Aufwand am Stimmmaterial geschehen können.

Württemb. Landesversammlung.

Stuttgart, 28. Januar.

(Fünfte Sitzung.)

(Schluß.)

Minister Lindemann bemerkte, dass die Botschaft der provisorischen Regierung im großen Ganzen nicht ungünstig aufgenommen worden sei. Ohne Revolution wäre die Abschaffung der Ersten Kammer und der Dynastie, sowie die Einführung des Frauenwahlrechts nicht so rasch gekommen. Der Minister gab namens der prov. Regierung die Erklärung ab:

Eine Zentralisierung des Reiches, lehnen wir ab, und halten daran fest, dass der Charakter der Bundesstaaten in wesentlichen erhalten bleibt. Wir sind weiter der Ansicht, dass Vorstudien, wie sie in Vor. 12 der Reichsverfassung niedergelegt sind, nicht ohne Zustimmung der Bundesstaaten in die Reichsverfassung aufgenommen werden können. Wir geben davon aus, dass der Bestand Preußens im wesentlichen erhalten bleibt. Sollte eine Verlegung Preußens je eintreten, so würde das nach unserer Auffassung die Bildung einer zentralen Reichsgewalt bedeuten, was mit dem Ende der Bundesstaaten gleichbedeutend wäre und sie zu Selbstverwaltungskörpern herabdrücken würde. Das Betreten dieses Weges würde zum Jenseits des Reiches führen, dessen Einheit allein durch die föderative Verfassung verwirklicht wird.

Der Minister spricht für die Arbeit- und Soldatenräte; wären sie nicht gewesen, dann wäre die ganze Verwaltung der Gemeinden unmöglich gewesen (lebh. Widerspruch in der Demokratie, Zentrum und rechts). Die Regierung glaubt in ihrer Botschaft bereits einen Rechenschaftsbericht gegeben zu haben (Verfassungsentwurf, Notgesetz und Reform zur Gemeindeordnung, Landwirtschaftskammer, Arbeits- und Ernährungsministerium, öffentliche Arbeiten, Postkanal, Verkehrsweisen, Postverwaltung, Sozialisierung, Reform der Staatsverwaltung). Gegen die in Unternehmungshof befindlichen Spartakusführer sei ein regelrechtes Gerichtsverfahren eingeleitet worden; auf Grund der Ergebnisse stehe ein gerichtlicher Haftbefehl bevor. Das Los der deutschen Kriegsgefangenen sei schlimm. Wenn tatsächlich Hunderttausende von ihnen Jahr lang nach dem Frieden in Lohnsklauerei zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete vermehrt werden sollten, so würde das mit den Begriffen der Humanität und des Völkerrechts nicht vereinbar sein.

Der neue Kriegsminister Herrmann gab Ausschuss über

die Sozialräte, die in ihrer schigen Form erst dann nicht mehr nötig seien, wenn das neue auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht aufgestellte Volksherr Reichsgesetz festgelegt und den Städten ihre Stellung im Heere gesetzlich angewiesen sei. In Württemberg waren 61.000 Kriegsgefangene untergebracht; die Franzosen, Engländer und Belgier sind abtransportiert; vorhanden sind noch 13.000 Russen, 2500 Rumänen und 1000 Serben, deren Abtransport sobald wie möglich in die Wege gesetzt wird. In nächster Zeit werden in Stuttgart militärische Gebäude für Wohnzwecke frei. In den Krieg sind 3000 Offiziere und 98.000 Unteroffiziere und Mannschaften gezogen. Die Friedensstärke hat 31.000 Männer betragen; während des Krieges bestellte sich die Kopszahl des württ. Kontingents auf 248.000 Kämpfer; einschließlich der nachgeschickten Truppen sind 520.000 Mann ins Feld geschritten, also rund 21 Prozent der gesamten württembergischen Bevölkerung. Davon sind gefallen 50.000 Offiziere und Mannschaften, d. h. 8,8 Prozent, 158.000 verwundet, = 30,4 Prozent und vermisst 17.000 - 4 Prozent.

Abg. Andre (3.) betonte, die wichtigsten Erklärungen hätten in einem früheren Stadium gemacht werden sollen, damit die Redner hierzu hätten Stellung nehmen können. Infolge der großen Räteversammlung wird eine allgemeine Ratlosigkeit eintreten. Es fällt auf, dass der Minister des Innern kein Wort des Dankes für seine Beamten, sondern nur für die Arbeiterräte hat. Ein verarmtes Land läuft sich einen solchen Ressortenapparat nicht leisten. Das Zentrum begrüßt die Erklärung des Ministers, die Frage der Kirche und Schule zurückstellen zu wollen. Die Parteipolitik darf auf den Beamtengeist nicht so sehr einwirken. Der russische Kubert beweist, dass die Revolution in Deutschland kein Naturereignis gewesen ist. Zu den Arbeiten für die Neckarkanalisation sind vom Arbeitsministerium 2200 Arbeiter angestellt worden, wogegen sich nur 400 Arbeiter meldeten.

* Stuttgart, 29. Januar.

(Siebte Sitzung.)

Eröffnung der Sitzung 9 Uhr.

Abg. Grüber (Dr.) erklärt, er ziehe seinen Antrag betr. Befreiung der Botschaft an einen besonderen Ausschuss zurück.

Abg. Clara Zetkin (W. S. P.): Im Gegensatz zu allen anderen Parteien steht meine Fraktion der Botschaft der Regierung feindlich gegenüber. Im Grunde ist die Zusammenstellung der Regierung gleichgültig, denn sie hat die gleiche Politik verfolgt, wie wenn es 5 Bürgerliche und 3 Sozialisten wären, nämlich eine bürgerliche Politik, verdeckt und ausgeschmückt mit sozialistischen Redewendungen. Der Krieg war notwendig, geboren aus den weltwirtschaftlichen Verhältnissen zur Niederwerfung des Militarismus, die Revolution war notwendig zur Herbeiführung des Waffenstillstands, des Frauenwahlrechts. Wir sehen unsere Friedenshoffnung nicht auf die 14 Punkte Wilsons, sondern auf die erwachenden Arbeitermassen in den Ententestaaten. (Die konser. Fraktion verlässt den Saal.) Deutschland ist als Einheitsstaat und nicht als Föderationsstaat aufzurichten. Die Zentralisation der Gewalt muss Hand in Hand gehen mit der Dezentralisation der kulturellen Eigenarten. Die Verhaftungen des Spartakusführers sind zu Unrecht erfolgt. Die Verhafteten sind in einem Hungerstreik am Sonntag eingetreten, um endlich vernommen zu werden. (Die konser. erscheinen wieder im Saal.) Wir fordern die Beilegung des Amtsmaterials. Wir vermissen, dass die Regierung nicht den ersten Schritt zur Herbeiführung der Sozialisierung getan hat. Wir vermissen Erklärungen über die Arbeitspflicht, das arbeitslose Inkommens, die Menschenökonomie, wir vermissen eine Neuordnung des öffentlichen Gesundheits- und Bildungswesens, soziale Fürsorge für Mütter und Kinder. Wir wollen nicht das Privateigentum der kleinen Bauern vergessen (Herr, doct., doct.), sondern erst das Privateigentum an Produktionsmitteln. Der wirkliche Sozialismus kann nicht folglich kommen, sondern er wird die Tochter eines Entwicklungsprozesses sein. Den gilt es zu fördern, und das tut die Regierung nicht. Sie können wir nicht überzeugen, aber wir hoffen auf die Massen.

Präsident Reiss: Es ist ein Antrag eingegangen, unterzeichnet von Haushmann, Grüber, Fr. Fischer, der prov. Regierung das Vertrauen auszusprechen und sie aufzufordern, die Regierung weiter zu führen.

Justizminister Dr. o. Kienz: Die Verhaftungen waren eine vorbrügende Maßnahme, um die öffentliche Sicherheit gegen die Gewalt zu schützen. Hat ja doch ein Angriff zum öffentlichen Kampf aufgerufen. Ein bezwingtes Wort, das damals riefen ist, lautete: Heute muss Blut fließen, das die Königsstraße übersteigt. Berlin muss ein Kinderspiel sein gegenüber Stuttgart. Die Verhafteten waren gar nicht erstaunt über ihre Verhaftung. Einer erklärte: Wenn es uns gelingt wäre, so tun wir Sie nicht nur verhaftet, sondern gleich abgeurteilt.

Bon der Fraktion der Bürgerpartei und des Bauern und so ist folgender Antrag eingegangen: Die Landesversammlung wolle beschließen: Die Württ. Regierung sollte mit allen Mitteln dem völkerrechtswidrigen, das deutsche Volk ermächtigenden Verlangen auf Auslieferung des bisherigen Deutschen Kaisers und Aburteilung desselben durch ein von der Entente einzuhaltendes Gericht widerstehen.

Druck und Verlag der Hofmann'schen Buchdruckerei in Wildbad. Verantwortlich: E. Reinhardt selbst

Bekanntmachung

Die Auszahlung der Familienunterstützungen findet am Freitag den 31. Januar 1919 von nachmittags 2-5 Uhr statt. Etwaige Entlassungsscheine müssen mitgebracht. Wildbad, den 29. Januar 1919. Stadtphysie.

Verkauf von Geschirren und Fahrzeugen durch die Heeresverwaltung.

Die Fuhrwerksbesitzer und Landwirte, welche Geschirre und Fahrzeuge von der Heeresverwaltung erwerben möchten, sollen ihren Bedarf auf dem Meldeamt anzeigen, da ohne Bescheinigung der Ortsbehörde und ohne Vorausbefestigung bei den Depots nichts mehr abgegeben wird.

Wildbad, den 29. Januar 1919.

Stadtphysieheimamt Böhmer.

Turn-Verein Wildbad.

Am Samstag, den 1. Februar findet im

Hotel Palmengarten abends 7½ Uhr wegen wichtiger Besprechung eine

Versammlung

statt, recht zahlreiches erscheinen dringend notwendig.

Der Vorstand.

Einladung.

zum

Unterhaltungsabend

des ev. Kirchenchor (unter gütiger Mitwirkung des Liederkranzes)

im Linden Saal

am Samstag, den 1. Februar

abends 1½, 7 Uhr

für die aktiven und passiven Mitglieder der

beiden Vereine.

Sonntag, den 2. Februar

abends 1½, 7 Uhr

für Nichtmitglieder Eintrittspreis 50 Pf. reservierten Platz 1 Mark

Sonntag mittag 2 Uhr Aufführung für Kinder

Eintrittspreis pro Kind 20 Pf.

Ev. Kirchenchor.

Liederkranz Wildbad.

Nach 5 jähriger Unterbrechung findet am Samstag den 1. Februar

im Gasthaus zur Linde

eine

Gesangs-Unterhaltung

in Gemeinschaft mit dem ev. Kirchenchor statt, wo zu die verehel. Ehren und passiven Mitglieder

freundlich eingeladen werden.

Aufgang 1½, 7 Uhr.

Der Ausschuss.

Wildbad.

Freiwillige Versteigerung.

Am Montag, 3. Febr. vorm. 9½ Uhr kommen am Haupteingang des Badhotels Wildbad (Kurplatz) folgende Gegenstände gegen Barzahlung zur Versteigerung:

7 Sofas, 12 Polsterstühle, 8 Ovaltische, 12 Kleiderständer, 24 Wandbilder, 3 Nachtstühle, Portierenstoffe und sonstige Gegenstände zur Versteigerung.

2-3 schöne dürre Milchkühe	Eine guterhaltene Scherer
hat wegen Futtermangel zu verkaufen	Müller. Ziegelhütte.
	mit Ziegeldach hat zu verkaufen.
	Eisele Schreiner.

